

Ortsgemeinde **Reb**stein 

**Gemeindeordnung**

# Gemeindeordnung der Ortsgemeinde Rebstein

vom 30. März 2012

Die Bürgerschaft der Ortsgemeinde Rebstein erlässt gestützt auf Art. 22 Abs. 3 Bst. a des Gemeindegesetzes vom 21. April 2009<sup>1</sup> als Gemeindeordnung:

## I. GRUNDLAGEN

- Geltungsbereich **Art. 1**  
Diese Gemeindeordnung regelt Organisation und Zuständigkeit der Organe der Ortsgemeinde Rebstein, sowie die politischen Rechte der Bürgerschaft.
- Organisationsform **Art. 2**  
Die Ortsgemeinde Rebstein organisiert sich als Gemeinde mit Bürgerversammlung.
- Organe **Art. 3**  
Organe der Gemeinde sind:  
a) die Bürgerschaft;  
b) der Ortsverwaltungsrat  
c) die Geschäftsprüfungskommission.
- Aufgaben **Art. 4**  
Die Ortsgemeinde besorgt mit ihren Mitteln die Verwaltung und Pflege der Gemeindegüter und erfüllt gemeinnützige, kulturelle und andere Aufgaben im öffentlichen Interesse. Ihre Leistungen kommen der Allgemeinheit zugute.

## II. BÜRGERSCHAFT

### 1. Stellung und Zuständigkeit

- Grundsatz **Art. 5**  
Die Bürgerschaft ist oberstes Organ, bestehend aus den in der politischen Gemeinde wohnhaften stimmberechtigten Ortsbürgern und Ortsbürgerinnen.  
Sie berät und beschliesst an der Bürgerversammlung, soweit nicht Urnenabstimmung vorgeschrieben ist.

---

<sup>1</sup> sGS 151.2.

Sachabstimmungen  
a) an der Bürger-  
versammlung

### **Art. 6**

Die Bürgerschaft beschliesst an der Bürgerversammlung über:

- a) Erlass und Änderung der Gemeindeordnung;
- b) Jahresrechnung;
- c) Voranschlag;
- d) Finanzgeschäfte gemäss Anhang;
- e) Mitgliedschaft bei Gemeindeverbänden und Zweckverbänden;
- f) weitere Geschäfte nach Massgabe der Gemeindeordnung oder der besonderen Gesetzgebung.

b) an der Urne

### **Art. 7**

Die Bürgerschaft beschliesst an der Urne über:

- a) Erlass und Änderung der Gemeindeordnung, soweit ein Drittel der an der Bürgerversammlung anwesenden Stimmberechtigten für die Schlussabstimmung zur Gemeindeordnung die Urnenabstimmung verlangt;
- b) Geschäfte nach Art. 6 Bst. d bis f dieses Erlasses, soweit die Bürgerversammlung im Einzelfall Urnenabstimmung beschlossen hat;
- c) Referendumsbegehren;
- d) Initiativbegehren, soweit sie nicht die Gemeindeordnung betreffen.

Wahlen  
a) an der Urne

### **Art. 8**

Die Bürgerschaft wählt an der Urne:

- a) die Präsidentin oder den Präsidenten des Ortsverwaltungsrates;
- b) die weiteren Mitglieder des Ortsverwaltungsrates;
- c) die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission.

b) Stille Wahl<sup>2</sup>

### **Art. 9**

Für Gemeindebehörden ist stille Wahl im zweiten Wahlgang möglich.

## **2. Bürgerversammlung**

Durchführung

### **Art. 10**

Die Bürgerversammlung über Jahresrechnung und Voranschlag wird bis 15. April durchgeführt.

Bürgerschaft und Ortsverwaltungsrat können weitere Bürgerversammlungen anordnen.

Der Ortsverwaltungsrat setzt Ort und Zeitpunkt der Bürgerversammlung fest.

Stimmzählerinnen  
und Stimmzähler

### **Art. 11**

Der Ortsverwaltungsrat bietet für die Bürgerversammlung Stimmzählerinnen und Stimmzähler auf, die für die Urnenabstimmungen gewählt sind.

---

<sup>2</sup> Art. 20ter Bst. c des Gesetzes über die Urnenabstimmungen, sGS 125.3.

Orientierungs-  
versammlung

**Art. 12**

Der Ortsverwaltungsrat kann vor Sachabstimmungen eine Orientierungsversammlung anordnen.

*3. Fakultatives Referendum*

Grundsatz

**Art. 13**

150 Stimmberechtigte können schriftlich verlangen, dass ein dem fakultativen Referendum unterstehender Erlass oder Beschluss der Abstimmung durch die Bürgerschaft unterstellt wird.

Eventualantrag

**Art. 14**

Der Ortsverwaltungsrat kann einen Eventualantrag zu einer Vorlage stellen, die dem fakultativen Referendum untersteht.

Das Verfahren richtet sich sachgemäss nach den Vorschriften des Gesetzes über Referendum und Initiative<sup>3</sup> über Initiative und Gegenvorschlag.

Amtliche Bekannt-  
machung

**Art. 15**

Der Ortsverwaltungsrat veröffentlicht referendumspflichtige Erlasse und Beschlüsse im amtlichen Publikationsorgan (einschliesslich eines allfälligen Eventualantrags nach Art. 14).

Er veröffentlicht Beginn und Ende der Referendumsfrist, die notwendige Zahl der Unterschriften sowie den Ort, wo die Referendumsvorlage eingesehen und bezogen werden kann.

Frist

**Art. 16**

Die Frist zur Einreichung des Begehrens beträgt 30 Tage seit der amtlichen Bekanntmachung.

Verfahren

**Art. 17**

Der Ortsverwaltungsrat lässt die Unterschriften durch die Stimmregisterführerin oder den Stimmregisterführer prüfen und stellt fest, ob das Begehren zustande gekommen ist.

Ist das Begehren zustande gekommen, so ordnet er innert 6 Monaten die Urnenabstimmung an.

Im Übrigen gilt sachgemäss das Gesetz über Referendum und Initiative<sup>3</sup>.

*4. Initiative*

Grundsatz

**Art. 18**

Mit einem Initiativbegehren können 150 Stimmberechtigte schriftlich eine Abstimmung über einen Gegenstand verlangen, der in die Zuständigkeit der Bürgerschaft fällt.

Das Initiativkomitee besteht aus wenigstens 5 Stimmberechtigten.

Form und Inhalt	<p><b>Art. 19</b></p> <p>Das Begehren ist als einfache Anregung zu stellen. Erlasse können in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs beantragt werden.</p> <p>Das Begehren umfasst nicht mehr als einen Gegenstand.</p>
Prüfung der Zulässigkeit	<p><b>Art. 20</b></p> <p>Das Initiativkomitee legt das Begehren dem Ortsverwaltungsrat zur Prüfung der Zulässigkeit vor.</p> <p>Der Ortsverwaltungsrat stellt innert 4 Monaten fest, ob das Begehren zulässig ist.</p>
Anmeldung und amtliche Bekanntmachung	<p><b>Art. 21</b></p> <p>Das Initiativkomitee meldet das Begehren innert eines Monats seit Rechtskraft des Entscheides über die Zulässigkeit beim Ortsverwaltungsrat zur Veröffentlichung an.</p> <p>Die Ortsverwaltungsrat veröffentlicht das Begehren unverzüglich im amtlichen Publikationsorgan.</p>
Einreichung	<p><b>Art. 22</b></p> <p>Die Frist zur Einreichung des Begehrens beträgt 4 Monate seit der amtlichen Bekanntmachung des Begehrens.</p> <p>Der Ortsverwaltungsrat lässt die Unterschriften durch die Stimmregisterführerin oder den Stimmregisterführer prüfen und stellt fest, ob das Begehren zustande gekommen ist.</p>
Stellungnahme des Ortsverwaltungsrates	<p><b>Art. 23</b></p> <p>Der Ortsverwaltungsrat beschliesst, ob er dem Begehren zustimmt, ob er es ablehnt oder ob er auf eine Stellungnahme verzichten will.</p> <p>Er kann einen Gegenvorschlag unterbreiten.</p> <p>Stimmt der Ortsverwaltungsrat dem Begehren nicht zu, so ordnet er innert 6 Monaten seit Einreichung des Begehrens die Abstimmung durch die Bürgerschaft an.</p>
Ergänzendes Recht	<p><b>Art. 24</b></p> <p>Im Übrigen gilt sachgemäss das Gesetz über Referendum und Initiative<sup>4</sup>.</p>

### III. ORTSVERWALTUNGSRAT

Zusammensetzung

**Art. 25**

Der Ortsverwaltungsrat besteht aus:

- a) der Präsidentin oder dem Präsidenten des Ortsverwaltungsrates;
- b) Aus 4 weiteren Mitgliedern.

Aufgaben

a) Im Allgemeinen

**Art. 26**

Der Ortsverwaltungsrat ist das oberste Leitungs- und Verwaltungsorgan der Ortsgemeinde.

Er erfüllt die Aufgaben, die ihm von Gesetzes wegen zugewiesen sind, sowie folgende unübertragbare Aufgaben:

- a) Antragstellung an die Bürgerschaft;
- b) Vollzug der Beschlüsse der Bürgerschaft;
- c) Organisation und Führung der Verwaltung;
- d) Bestellung von Kommissionen;
- e) Erfüllung weiterer grundlegender Leitungs-, Planungs- und Verwaltungsaufgaben;
- f) Einreichung und Anerkennung von Klagen, Ergreifen von Rechtsmitteln und Abschluss von Vergleichen;
- g) Vertretung der Ortsgemeinde nach aussen;
- h) Information der Öffentlichkeit über Geschäfte von allgemeinem Interesse;
- i) Erlass eines Finanzplans
- j) Sicherstellen eines internen Kontrollsystems
- k) Erfüllung aller weiteren Ortsgemeindaufgaben, für die kein anderes Organ zuständig ist.

b) Rechtsetzung

**Art. 27**

Der Ortsverwaltungsrat erlässt Reglemente und schliesst Vereinbarungen ab.

Das fakultative Referendum bleibt vorbehalten.

Gebührentarife und Vollzugsvorschriften des Ortsverwaltungsrates sind vom Referendum ausgenommen.

c) Finanzbefugnisse

**Art. 28**

Die Finanzbefugnisse des Ortsverwaltungsrates sowie das Verfahren für die Beschlussfassung über neue Ausgaben und Grundstücksgeschäfte richten sich nach dem Anhang.

### IV. GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

Zusammensetzung

**Art. 29**

Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus 3 Mitgliedern.

Aufgaben

**Art. 30**

Die Geschäftsprüfungskommission erfüllt die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben und prüft namentlich die:

- a) Amts- und Haushaltsführung des Ortsverwaltungsrates und der Verwaltung im abgelaufenen Jahr;
- b) Anträge des Ortsverwaltungsrates über den Voranschlag für das nächste Jahr.

Sicherstellung der  
Fachkunde

**Art. 31**

Die Geschäftsprüfungskommission stellt die angemessene fachkundige Kontrolle des Finanzhaushalts sicher. Kann sie dies nicht selbst sicherstellen, so überträgt sie die Rechnungskontrolle einer aussenstehenden fachkundigen Revisionsstelle.

**V. SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

Aufhebung bisherigen  
Rechts

**Art. 32**

Die Gemeindeordnung vom 18. März 1983 wird aufgehoben.

Vollzugsbeginn

**Art. 33**

Die Gemeindeordnung wird mit Annahme durch die Bürgerschaft und Genehmigung durch das Departement des Innern rechtsgültig.

Sie wird ab 01. Januar 2013 angewendet.

Vom Ortsverwaltungsrat erlassen am: 26. Januar 2012

Der Präsident des Ortsverwaltungsrates:



Ernst Schönauer

Die Schreiberin des Ortsverwaltungsrates:



Nicole Fritsche

Von der Bürgerschaft der Ortsgemeinde Rebstein an der Bürgerversammlung beschlossen am:  
30. März 2012

Vom Departement des Innern genehmigt am: **- 7. März 2013**

Für das  
Departement des Innern  
Leiter Amt für Gemeinden:



Dr. Lukas Summermatter

## Anhang: Finanzbefugnisse Ortsgemeinde Rebstein

Beträge in Schweizer Franken

Gegenstand	Ortsverwaltungsrat abschliessend	Voranschlag	Ortsverwaltungsrat unter Vorbehalt des fakultativen Referendums	Bürgerversammlung <sup>1</sup>
<b>1. Neue Ausgaben</b>				
1.1 einmalige neue Ausgaben	_____	bis 150'000 je Fall	_____	über 150'000 je Fall
1.2 während wenigstens zehn Jahren wiederkehrende neue Ausgaben	_____	bis 20'000 je Fall	_____	über 20'000 je Fall
<b>2. Unvorhersehbare neue Ausgaben</b>				
Ausgaben oder Mehrausgaben <sup>2</sup> :	höchstens 100'000 je Jahr	_____	bis 150'000 je Fall, soweit nicht der Ortsverwaltungsrat abschliessend zuständig sind	über 150'000 je Fall
<b>3. Dringliche oder gebundene Ausgaben</b>				
	abschliessend	_____	_____	_____
<b>4. Grundstücke des Finanzvermögens</b>				
<b>4.1 Erwerb:</b>				
Kaufpreis oder Anlagekosten, die im Finanzvermögen bewertet werden	höchstens 500'000 je Jahr	_____	bis 800'000 je Fall, soweit nicht der Ortsverwaltungsrat abschliessend zuständig ist	über 800'000 je Fall
<b>4.2 Veräusserung und Begründung von Baurechten:</b>				
Verkehrswert oder Anlagekosten	höchstens 500'000 je Jahr	_____	bis 800'000 je Fall, soweit nicht der Ortsverwaltungsrat abschliessend zuständig ist	über 800'000 je Fall

<sup>1</sup> Antragstellung in Form eines Gutachtens

<sup>2</sup> Für Mehrausgaben ist ein Nachtragskredit zu gewähren. Ausgenommen sind Mehrausgaben als Folge der Teuerung und für Gegenstände, in denen kein grösserer Ermessensbereich gegeben ist.